



WO DIE LIEBE HINFÄLLT...

Uganda: Imam heiratet aus Versehen Mann mit Kopftuch

Von REALSATIRE | Kopftuchdebatten werden im zunehmend bunten Deutschland zumeist bitterernst geführt. Dabei können die Verschleierungen auch bei gestandenen Moslems Verwirrung stiften, wie eine Groteske aus Uganda lehrt, über die deutsche Zeitungen wie Welt, Stern und Focus berichten.

Dort hatte ein Imam eine junge Frau mit Hijab kennengelernt, führte sie offenbar blind vor Liebe zum Traualtar und erlebte anschließend sein blaues Wunder. Seine bekopftuchte Frau entpuppte sich nach zwei sexlosen Ehewochen als Mann.

Sheikh Mohammed Mutumba (27), der Imam von Kyampisi Masjid Noor in Uganda, hatte sich spontan in eine junge Person in seiner Moschee verliebt, die dort verschleiert betete. „Ich suchte nach einer Frau zum Heiraten und als ich auf einem schönen Mädchen mit einem Hijab landete, bat ich sie um Liebe und sie akzeptierte. Wir haben uns verliebt, aber sie hat mir gesagt, wir könnten erst Sex haben, wenn ich Mitgift an ihre Eltern bringe und auch Ehegelübde austausche“, [erzählte der Imam laut Daily Monitor](#).

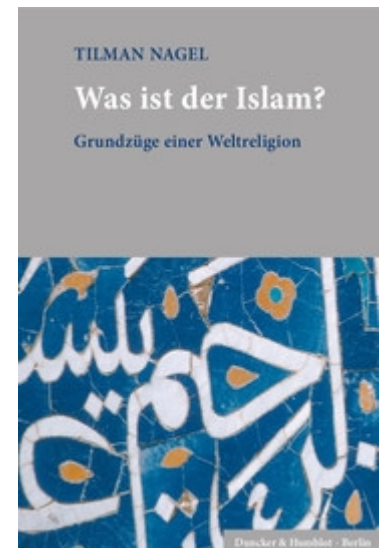
Gesagt, getan: der verknallte Imam zahlte als Mitgift zwei

Ziegen, zwei Säcke Zucker, drei bunte Kleider, einen Karton Salz und einen Koran an die Tante seiner Angebeteten. Dann Blitzhochzeit nach islamischem Zeremoniell. Hierüber existiert ein Foto, das das frischgetraute Paar an ihrem Hochzeitstag zeigt.

Wie der Uganda-Monitor berichtet, verbrachte das Ehepaar, das vor der Heirat keinen Geschlechtsverkehr gehabt habe, jedoch auch zwei Wochen seiner Ehe, „ohne das Recht auf Eheschließung zu genießen, da die „Braut“ behauptete, sie befände sich in ihrer Menstruation“.

Mit dem Honeymoon war es jedoch vorbei, als die „Braut“ beim Nachbarn einen Fernseher klatete. Der erstattete Anzeige, und eine Polizistin führte eine gründliche Leibesvisitation bei der Verdächtigen durch, die mit einem Hijab verschleiert war. Die Ordnungshüter mussten geschockt feststellen, dass die Verdächtige männliche Genitalien hatte und ihr BH ausgestopft war, um Brüste vorzutäuschen.

Vor allem aber fiel der getäuschte Imam wohl fast vom Glauben ab, als ihm erlaubt wurde, sich von den „privaten Teilen seiner „Frau“ zu überzeugen“, wie der „Monitor“ berichtet. Kurzum, bei der gehehlten Frau handelte es sich um Richard Tumushabe, 27, der den Betrug zugab, weil er den Imam ausnehmen wollte. Auch seine Mitgift-Tante geriet ins Visier der Ermittler, die behauptet hatte, sie kenne ihren Neffen nur als Nichte.



Inzwischen sitzt der Hochstapler ein und muss sich vor Gericht verantworten, auch weil er weitere Männer getäuscht haben soll. Der Imam wurde von seinen Ämtern suspendiert, wurde ebenfalls vor Gericht gestellt und wird selbst der Homosexualität verdächtigt, die in Uganda strafbar ist.

Grund genug für viele deutsche Zeitungen, die über die „versehentliche“ Heirat berichteten, der Sache einen moralisierenden Spin zu geben und unter „Homophobie“ einzuordnen. In vielen Fällen seien die homophoben Gesetze Überbleibsel aus der Kolonialzeit, [schreibt etwa die WELT](#).

Wer den Schaden hat, braucht jedenfalls für den Spott nicht zu sorgen: „Ein gutes Argument für Sex vor der Ehe“, meint ein WELT-Forist, ohne dass sein Beitrag der Zensur zum Opfer fiel.



Video: 198. Pegida vom Dresdner Neumarkt

Zum ersten Mal im Neuen Jahr und insgesamt 198. Mal geht Europas größte aktive Bürgerbewegung PEGIDA heute Abend in Dresden wieder auf die Straße und stimmt die Patrioten auf die nächste Dekade ein. Das vor uns liegende Jahr bietet wenig politische Höhepunkte oder Wahlen und könnte sich daher für die aktuellen Regierungen dazu eignen, die aufmüpfigen Truppen von der Straße wegzulangweilen oder ihre Protagonisten zu beschädigen. Daher ist Gegenhalten auf der Straße angesagt. Wer es heute Abend nicht mehr rechtzeitig zum Neumarkt am Lutherdenkmal schafft, kann sich ab 18:45 Uhr den Pegida-Livestream hier anschauen. Viel Spaß!



Erdogan macht Türkei mächtig, Merkel Deutschland kaputt

Von KEWIL | Man kann gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sagen, was man will, aber kein Türke wird sich über seine Außenpolitik beschweren. Seit er die Führung der Türkei übernommen hat, und das ist ungefähr genau so lange, wie die perverse CDU-Kanzlerin Merkel Deutschland ruiniert, ist Erdogan stets für die Interessen der Türkei eingetreten und hat sie voran gebracht.

Das Foto oben von 2017 zeigt eigentlich alles. Die doofe deutsche Kanzlerin hat kein Problem, unter türkischen Fahnen zu posieren, während sie die deutsche Flagge nach ihrem vorletzten Wahlsieg angeekelt in eine Ecke warf. Und so ist auch ihre Politik.

Von 2003, als er Ministerpräsident wurde, bis fast zum heutigen Tag forderte Erdogan listig die türkische Mitgliedschaft in der EU. Brüssel getraute sich bis jetzt nicht, definitiv Nein zu sagen, und so kassierte Ankara allein seit 2014 um die vier Milliarden Euro „Vorbeitrittshilfen“, das meiste aus Berlin, obwohl ein Türkei-Beitritt für uns ein tödliches Desaster wäre.

Als Merkel 2015 völlig idiotisch unsere Grenzen für jeden Hereinspazierer aus Nahost ohne Ausweise öffnete, wurde der

Zustrom von Mohammedanern so groß, dass sie sich ausgerechnet an Erdogan um Hilfe wandte. Der versprach ihr ein wenig Abhilfe, aber für sechs Milliarden Euro bitteschön. Dafür hätte man auch die Grenzen kontrollieren können. Nachdem er die Kohle hatte, ließ der Türke wieder vermehrt Flüchtlinge durch, um Merkel neu zu erpressen. Erdogan regiert, Merkel ist dumm.

Dabei ist Erdogan durchaus selektiv. Während wir alle Moslems reinlassen und zu blöd sind, wenigstens christliche Flüchtlinge zu bevorzugen, hielt Erdogan geeignete sunnitische Syrer zurück. Und nachdem US-Präsident Trump 2019 so blöd war, die Kurden in Nordsyrien zu verraten, annektierte die Türkei einen Teil dieses Gebiets und besiedelte es gezielt mit ausgesuchten Syrern gegen die Kurden. Die Türkei wird dieses Gebiet nie mehr hergeben.

Im syrischen Bürgerkrieg schickte auch Berlin einst ein paar Soldaten mit Schrott-Fliegern in die hintere Türkei, musste dafür natürlich extra zahlen, aber deutsche Politiker durften diese Soldaten erst einmal gar nicht besuchen. Erdogan behandelte unsere Bundeswehr wie ungebetenen Abschaum.

Da die Türkei immer ein wichtiger NATO-Partner war und ist, kassiert sie auch dort unendlich Militärhilfen und tanzt trotzdem den Amerikaner und Europäern auf der Nase herum.

Aktuell will der türkische Sultan eigene Truppen in Libyen stationieren und fordert auch dafür Geld von uns, während Merkel noch eine [nutzlose Konferenz](#) veranstalten durfte, auf der wie immer keiner etwas von ihr oder ihrem hühnerbrüstigen Personal wissen wollte – es sei denn, sie opfert wieder sinnlos ein paar Milliarden vom deutschen Steuerzahler. Sicher darf sie auch wieder drei Soldaten nach Libyen schicken.

Erdogan kriegte zum Bau seiner Ditib-Moscheen in Europa auch EU-Gelder und Geld direkt vom deutschen Steuerzahler. So wurde die berüchtigte Ditib-Moschee in Duisburg-Marxloh von der EU

und NRW gefördert. Zur Eröffnung der Ditib-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld 2018 reiste Erdogan persönlich an, deutsche Trottel, die den Bau lauthals befördert hatten wie Ex-OB Schramma, waren nicht eingeladen. Natürlich ist Erdogan der eigentliche Führer der Ditib/Diyanet.

Erdogan will nun auch [türkische Schulen bei uns](#) in Almanyia eröffnen, wo bereits ein paar Millionen Türken wohnen. Überschüssige Landsleute aus Anatolien schickt er uns gerne. Viele von ihnen finden es längst nicht mehr nötig, Deutsch zu lernen. Und bei Wahlen, wo Erdogan regelmäßig an den Rhein kommt, verstehen sie auch so, dass Integration ein Verbrechen wäre.

Und man sollte auch eines der größten türkischen Projekte nicht vergessen. Nachdem türkische Soldaten widerrechtlich, frech und gegen das Völkerrecht vor einem halben Jahrhundert Nordzypem besetzt und geklaut haben, sind sie derzeit äußerst aktiv im Meer um Zypern. Sie behaupten, weite Flächen gehörten der Türkei, und wollen die vermuteten Öl- und Gasvorkommen großräumig ausplündern. EU und NATO stehen wieder saft- und kraftlos daneben und schauen zu.

Erdogan hat jedenfalls außenpolitisch immer die Interessen der Türkei im Blick. Sie ist einer der mächtigsten Staaten an der Grenze zwischen Orient und Okzident. Merkels einziges Ziel dagegen scheint die Schrumpfung und Zerstörung von Deutschland zu sein. Was für ein himmelweiter Unterschied.



Kurs Titanic, immer geradeaus!

Von MARKUS GÄRTNER | Berlin gleicht einem aufgeregten Hühnerhaufen, seit Markus Söder eine Kabinettsumbildung angeregt hat. Doch die Rollen der Teilnehmer in der GroKo und in der Regierung Merkel sind fest verteilt und unbestritten. Im Kursbuch steht MACHTERHALT um jeden Preis.

Der Tagespolitik merkt man das inhaltlich nicht an. Die SPD bemüht sich eifrig um neue Steuern für die Plünderung der Mittelschicht. Sie will Ruhe im Internet. Kritik stört sie nur. Dem NetzDG soll die Preisgabe von Passwörtern an die Behörden folgen. Zudem wird eine Renaissance des Sozialismus betrieben. Verteilen macht so viel mehr Spaß als Gestalten und Wege in die Zukunft bauen. Das Ziel 4,9 Prozent haben die Genossen unbeirrbar im Blick.

In der CDU zeigt der Fanblock der Kanzlerin keine nennenswerten Risse. Man wählt den Untergang für ein paar Monate weiteren Machterhalts. Die WerteUnion nimmt man nicht ernst. Und die Ziele bleiben: Auflösung des Nationalstaates, innere Unsicherheit, Flutung des Landes mit Fachkräften sowie der große Marsch nach links.

Die CSU hat sich derweil vom GroKo-Spalter zum Bettvorleger und größten Lamm der Koalition entwickelt. Seehofers Kehrtwende ist atemberaubend. Der Innenminister ist zum Seenotretter mutiert. Und der bayerische Ministerpräsident ist brav wie ein buhlender Schwiegersohn.

Eventuelle Kritik ist höchstens für die Galerie gedacht. Auf der Tagesordnung steht einzig und allein das „weiter so“ bis zur nächsten Bundestagswahl. Die ehemaligen Volksparteien zerschreddern sich selbst, um noch ein paar Monate Zugang zu den Töpfen der Republik zu haben. Und das Land? Die nächste

Frage bitte!

(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von [„Das Ende der Herrlichkeit“](#) und [„Lügenpresse“](#), war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin [„Privatinvestor Politik Spezial“](#))



FAZ warnte bereits 2007 vor dem Klimaschwindel

Von EUGEN PRINZ | „Wer schreibt, der bleibt“, heißt es bei den Juristen. Auch in dem Spruch „Das Internet vergisst nichts“ liegt viel Wahrheit. Daher ist es nicht verwunderlich, dass immer wieder einmal aus den Tiefen der Vergangenheit brisante Fundstücke zutage gefördert werden, Sprengladungen mit Zeitzündern, die in der Gegenwart ihre explosive Wirkung entfalten.

Schwerer Schlag für das Narrativ vom menschengemachten Klimawandel

Ein gutes Beispiel für so ein Fundstück ist ein vier Seiten langer Artikel, der am 3. April 2007 in der [„Frankfurter Allgemeinen“](#) (FAZ) [erschieden](#) ist. Ohne Übertreibung kann

gesagt werden, dass dieser geradezu prophetischen Charakter hat und geeignet ist, die Glaubwürdigkeit des von politischen Eliten und anderen interessierten Kreisen geschaffenen Narrativs vom „menschengemachten“ Klimawandel in seinen Grundfesten zu erschüttern. Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus, wie hellsichtig die FAZ bereits im Jahr 2007 vor dem gewarnt hat, was wir jetzt gerade erleben: Klimahysterie und Klimadiktatur.

Aus dem Artikel wird mehr denn je deutlich, dass die Legende vom „anthropogenen Klimawandel“ nichts anderes ist als eine rein politische Agenda, die mächtige Interessengruppen aus unterschiedlichen Zielen verfolgen. Geschickt wurden dabei viele Bürger durch Verängstigung zu willfährigen Werkzeugen dieses globalen Täuschungsmanövers gemacht.

Autor dieses FAZ-Artikels war der im Jahr 2015 verstorbene Ingenieur, Fachjournalist und Buchautor Christian Bartsch.

FAZ spricht bereits 2007 von Klimahysterie und Klimadiktatur

Kein Zweifel, die Gleichschaltung der Medienlandschaft war im Jahre 2007 bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten wie in der Gegenwart. Ein derartiger Artikel in einer bedeutenden Zeitung des Mainstreams wäre heute nicht mehr vorstellbar. Kein Zweifel, die Gleichschaltung der Medienlandschaft war im Jahre 2007 bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten, wie in der Gegenwart. Ein derartiger Beitrag in einer bedeutenden Zeitung des Mainstreams wäre heute nicht mehr vorstellbar. Schon die ersten Zeilen des Artikels würden heute, 13 Jahre später, als Sakrileg gelten. Denn mit drei prägnanten Sätzen wird darin die gegenwärtig herrschende Klima-Doktrin, die schon fast religiöse Züge annimmt, ad absurdum geführt:

„Die Sorge ums Weltklima ist in eine Klimahysterie umgeschlagen. Dabei wechselten sich in der Erdgeschichte Kalt- und Warmzeiten ständig ab, ohne dass das „Klimagas“ CO₂ dabei eine Rolle spielte. Es droht eine Klimadiktatur.“

(Christian Bartsch am 3. April 2007 in der FAZ: „Mehr Licht im Dunkel des Klimawandels“)

„Es droht eine Klimadiktatur“. Diese vor 13 Jahren getroffene Voraussage der FAZ ist heute Wirklichkeit geworden. Als nächstes räumt der Artikel mit der Mär auf, der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre würde die Temperatur beeinflussen:

„Kalt- und Warmzeiten haben sich im Lauf der Erdgeschichte unablässig abgelöst. Dabei gab es keinen Zusammenhang zwischen Temperatur und CO₂ in der Atmosphäre.“

Klare Worte, die keinen Raum zur Interpretation lassen. Und weiter geht es: Heiße Sommer und warme Winter dank dem „menschengemachten“ Klimawandel? Alles Schwachsinn, alles schon mal dagewesen, erfahren wir aus der FAZ:

(...) Auch warme Winter sind hier keine geeigneten Zeugen. So herrschte etwa im Dezember 1907 ein ungewöhnlich laues Frühlingswetter, milde Luft und Regen brachten die Knospen zum Treiben. Und im Sommer 1904 herrschte in ganz Europa tropische Hitze, wodurch die Elbe bei Dresden fast vollständig austrocknete.

Interessant... Das haben uns die Weltuntergangspropheten bisher nicht verraten. Der Autor dieses erhellenden und aufschlussreichen Beitrags in der FAZ liefert auch die Erklärung für den Klimawandel. Nicht der Mensch ist dafür verantwortlich, sondern die Sonne:

„(...) Unzählige Wissenschaftler haben über viele Jahrzehnte Steinchen für Steinchen zusammengetragen, um Licht ins Dunkel des Temperaturwandels zu bringen. Die wahrscheinlichste Erklärung für die ständigen Änderungen liefern die Aktivitäten der Sonne und ihr Einfluss auf die Wolkenbildung. Vermutet hatte man das schon lange, doch erst den beiden dänischen Wissenschaftlern Lassen und Friis-Christensen

gelang es im Jahr 1996, dafür erste Beweise vorzulegen. Inzwischen sind die Belege überwältigend, dass die Temperatur auf der Erde eine Folge der Sonnenaktivität ist. Sie war am Ende des 20. Jahrhunderts so stark wie in den 1000 Jahren davor nicht mehr. Andere Quellen sprechen sogar von 10.000 Jahren.“

Damit es niemand überliest:

„Inzwischen sind die Belege überwältigend, dass die Temperatur auf der Erde eine Folge der Sonnenaktivität ist.“

Diesen Satz sollten sich die schulschwänzenden Jünger von Greta Thunberg und jene, die sie steuern, auf der Zunge zergehen lassen. In die selbe Kerbe schlägt übrigens ein weiteres Fundstück aus der Vergangenheit. In dem Artikel [„Sonnenwind gibt Antworten zum Klimawandel“](#), erschienen in der „Welt“ am 23.11.2009, heißt es:

„Die mittelalterliche Warmzeit, die Kleine Eiszeit im 17. Jahrhundert und ihr Ende, die etwas schwächere Abkühlung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der anschließende Beginn der Erderwärmung mit einem kleinen Knick zur Mitte des 20. Jahrhunderts, der heutige Stopp der Erwärmung – all dies verläuft in den vielfältigen Grafiken Kirkbys nur allzu deutlich im Rhythmus der Sonnenaktivität. Dies nicht nur in der nördlichen Hemisphäre, sondern ebenso abgelesen an der Entwicklung etwa der Anden-Gletscher.“

Davon hört man heute nichts mehr. Wie es scheint, ist dieses Wissen inzwischen verloren gegangen und die Menschheit in den letzten zehn bis 15 Jahren nicht klüger, sondern deutlich dümmer geworden. Oder indoktrinierter. Suchen Sie es sich aus.

Doch zurück zu dem Artikel in der FAZ. In diesem betonte der Autor bereits 2007 die unrühmliche Rolle des Weltklimarates (IPCC) bei der sich abzeichnenden Errichtung der

Klimadiktatur:

„Seit Verkündung des 1. Klimaberichts im Jahr 1990 hatte das Klima ausschließlich den Befehlen des IPCC zu gehorchen. Immerhin ließ sich das IPCC in seinem jüngsten Bericht, der Anfang Februar dieses Jahres verkündet wurde, ein Schlupfloch offen. Mit „90-prozentiger Sicherheit“ wäre der Temperaturanstieg vom Menschen gemacht. Diejenigen Wissenschaftler, die anderer Ansicht sind, sollen vom IPCC in einer „schwarzen Liste“ geführt werden.“

Und noch einmal, damit keine Zweifel bleiben, räumte die FAZ in dem Beitrag mit der Legende auf, CO₂ würde zur Erderwärmung beitragen:

„Eine Hauptrolle im Geschehen wurde dem Kohlendioxid zugeschrieben: CO₂ ist ein farb- und geruchloses Gas, das sich in Wasser gut löst. Bei 20 Grad Celsius nimmt ein Kubikmeter Wasser 0,5 Gramm CO₂ auf, bei null Grad jedoch 1 Gramm. Erwärmt sich also das Wasser, gibt es CO₂ an die Atmosphäre ab. Kühlt es sich ab, nimmt es wieder CO₂ auf. Da die Erde zu zwei Drittel von Wasser bedeckt ist, werden bereits bei einer geringen Erwärmung des Wassers große Mengen an CO₂ freigesetzt. Der umgekehrte Weg – erst CO₂, dann Wärme – ist wegen der Sättigungsgrenzen nicht möglich.“

Wieder eine Erkenntnis, die offenbar in der Zwischenzeit verloren gegangen ist. Oder sie wurde absichtlich verloren gegangen. Auch hier können Sie es sich aussuchen, was Sie für wahrscheinlicher halten.

Die Geburt des Narrativs vom menschengemachten Klimawandel



Der Klimawahn kennt keine Grenzen. Inzwischen wird sogar die CO₂-Bilanz der Kaki-Frucht ausgewiesen.

Besonders interessant ist die Entstehungsgeschichte des Narrativs vom „menschengemachten“ Klimawandel. Auch diese können wir in dem Artikel nachlesen:

„Die Ideologie einer ‚vom Menschen gemachten Klimakatastrophe‘ wurde in den achtziger Jahren geboren, als englische Wissenschaftler bei der damals regierenden Margaret Thatcher vorstellig wurden, um Geld für den Betrieb ihrer teuren Computermodele zu erbitten. Sie versprachen ein schlüssiges Klimamodell zu erarbeiten und damit die englische Wissenschaft wieder an die Weltspitze zu führen. Als Grundlage für ihr Klimamodell nahmen sie den seit 1954 registrierten Anstieg des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre und behaupteten, dieser Anstieg wäre auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen und würde die Menschheit in namenloses Elend stürzen. Es ist auch nicht ein einziger Ansatz zu erkennen, dass die Mitglieder dieser Gruppe die Klimaänderungen der vergangenen Jahrtausende angesehen, geschweige denn nach einem Verständnis gesucht hätten.“

FAZ warnte 2007 vor weltumspannender Klimadiktatur

Jetzt wird es wirklich gruselig. Punktgenau sagte die FAZ

bereits im April 2007 voraus, was sich jetzt, 13 Jahre später, abspielt:

„Inzwischen hat die ‚Klimakatastrophe‘ auch die letzte Regierung der Erde erreicht. Das ‚Kyoto-Protokoll‘ wurde geboren, die unsinnigste Geldvernichtungsmaschine, die Politiker erfinden konnten. Vor allem die deutschen Regierungen begannen, die Wirtschaft des Landes ‚ökologisch‘ auszurichten, ohne auf die Warnungen jener Naturwissenschaftler zu hören, die der ‚Klimakatastrophe‘ noch nicht erlegen waren. Das Ergebnis der ‚nachhaltigen ökologischen Ausrichtung‘ wird eine stete Verarmung der heute noch reichen Industrieländer mit Deutschland als Vorreiter zur Folge haben. Sie mutierte inzwischen zur schlimmsten Selbstverstümmelung, die sich Menschen ausdenken konnten, weil sie unweigerlich in eine weltumspannende Klimadiktatur münden wird. Wann das Unheil sein Ende findet, vermag niemand zu sagen.“

Das Resümee der Zeitreise ins Jahr

12 Jahre, bevor der Begriff zum [„Unwort des Jahres“](#) deklariert wurde, prophezeite uns die FAZ eine „Klimahysterie“ und warnte vor einer Klimadiktatur. Die vorausgesagte „stete Verarmung Deutschlands“ ist dank der Zersetzung der Schlüsselindustrien und der Energieversorgung Deutschlands ebenfalls bereits in vollem Gange.

Es bleibt zu hoffen, dass der Hinweis auf den FAZ-Artikel – hier nochmal der [Link](#) – eine möglichst hohe Reichweite findet und die hinters Licht geführten Bürger unseres Landes aufweckt.

Abschließend soll auch die Frage nicht unbeantwortet bleiben, woher PI-NEWS den Hinweis auf den FAZ-Artikel bekommen hat: Er stammt aus Kreisen der WerteUnion. Zumindest Einzelne dort wissen also Bescheid. Jetzt müssen sie nur noch den Mund aufmachen, wenn sie sich trauen...



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Hannovers moslemischer OB verwehrt „Fleischesser-Club“ den Ratskeller

Von LUP0 | Da wird sich Alt-Kanzler Gerhard Schröder aber gar nicht freuen. Was Hannovers moslemischer Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) dem „Club der bekennenden Fleisch- und Wurstesser“, deren Mitglied der Currywurst- und Schnitzel-Fan Schröder ist, antun will, geht auf keine Kuhhaut: Onay will künftig dem Club die [Rathauskantine verwehren](#).

Der Fleischesser-Club existiert 20 Jahre und traf sich jährlich mit vielen Gästen im „Stammlokal“ im Kellergewölbe

der Ratshauskantine. Getreu nach dem Niedersachsen Wilhelm Busch („Es wird mit Recht ein guter Braten gerechnet zu den guten Taten“) gehört noch immer die politische und wirtschaftliche Creme aus Niedersachsen und Bund dazu, rund 50 Personen. Zum Beispiel Ex-Bundespräsident Christian Wulff oder EU-Größe David McAllister (beide CDU).

Schröder könnte man durchaus als Pate bezeichnen. Er soll sich dem Vernehmen nach von seiner dritten Frau Hillu hat scheiden lassen, weil`s häufig keine Currywurst in der heimischen vegetarischen Küche gab. Nach ihm wurde die Kult-Currywurst in Hannovers Kneipe „Ständige Vertretung“ zur „Kanzler-Platte“ geadelt. So ganz nebenbei machte der Club Werbung für die Fleischprodukte des Agrarlandes Niedersachsen, speziell aus Ostfriesland.

Doch damit soll jetzt Schluss sein. Für OB Onay ist klar wie Wurstbrühe, dass die Treffen nicht mehr in der Rathauskantine stattfinden, wo man das Kellergewölbe kostenlos nutzen konnte. Als Ausweichquartier bietet er ein Restaurant im weitläufigen Rathaus-Areal an, das freilich Miete kosten würde.

Angeblich geht es Onay nicht darum, die „Fleischesser“ ganz zu verbannen. Aber die Räume des Rathauses stünden für städtische Veranstaltungen zur Verfügung, nicht für private Treffen, lautete seine lahme Erklärung gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen.

Für den Club geht es nun sprichwörtlich um die Wurst. Fleisch oder nicht Fleisch, ist die Frage. Schützenhilfe bekommt Currywurst-Fan Schröder von den örtlichen Genossen und aus der CDU im Landtag. Die kämpfen Seit an Seit für die kostenlose Überlassung eines adäquaten großen Raumes für mehrere 100 Gäste im Rathaus. Man erinnert sich, dass früher immer der Oberbürgermeister ein Grußwort gehalten hat.

Eine Stadtsprecherin hält dagegen, dass schon Onays Vorgänger Stefan Schostok (SPD) Magenschmerzen mit dem Treffen im

Ratskeller gehabt hätte. Aber der wurde wegen Verfehlungen geschasst und steht derzeit vor Gericht. Das nächste Club-Treffen wird er vermutlich nicht bereichern. Ihm bleibt mit Wilhelm Busch die Hoffnung: „Es blüht die Wurst nur kurze Zeit, die Freundschaft blüht in Ewigkeit.“



Die vielfältige neue Volksopposition

Von WOLFGANG HÜBNER | Bislang weitgehend unbeachtet in den konformistischen, aber auch in den kritischen Medien Deutschlands, formiert sich eine immer vielfältigere Volksopposition. Wenn es dieser gelingt, den Protest gegen die fortschreitende Verwandlung des Staates in eine Art Ökodiktatur zu stabilisieren und in massiven öffentlichen Aktionen zu manifestieren, kann das größere Wirkung erzielen als jede noch so gute parlamentarische Arbeit patriotischer Kräfte.

Am weitesten fortgeschritten sind die Landwirte-Initiativen „Land schafft Verbindung“ und „Wir haben es satt“. Mit ihren eindrucksvollen Protestaktionen in den Städten haben sie viel Aufmerksamkeit erzwungen und insbesondere CDU/CSU, aber auch die Grünen in erhebliche Verlegenheit gestürzt. Zwar gibt es noch erhebliche Unterschiede in der Ausrichtung der Biobauern von „Wir haben es satt“ und den eher konventionell arbeitenden

Landwirten von „Land schafft Verbindung“. Doch gemeinsam ist ihnen der Widerstand gegen eine ruinöse Agrarpolitik.

Großen Anklang hat die spontan als Reaktion auf die Klimabewegung gegründete Facebook-Initiative [„Fridays for Hubraum“](#) gefunden. Weit über 500.000 Autofahrer bekennen sich inzwischen zu dieser Gruppe. Laut ihren Initiatoren bereitet „Fridays for Hubraum“ im Frühjahr 2020 Aktionstage in Deutschland vor und will Landesgruppen aufbauen. Sollte es tatsächlich gelingen, tausende von Autobesitzern gegen die multimedial geschürte Klimahysterie auf die Straßen zu bringen und aus einer Facebook-Aktion einen aktionsfähigen organisatorischen Zusammenschluss zu formen, kann die herrschende Politik das nicht ignorieren, sondern muss das fürchten.

Weit in ganz Deutschland verbreitet sind Organisationen und Initiativen der Windkraftgegner. Ihr hartnäckiger, wachsender Widerstand gegen die immer mehr die Landschaften verunstaltenden gigantischen Windräder mit unabsehbaren Folgen für Menschen, Vögel und Insekten ist allen Betreibern der „Energiewende“ ein großes Ärgernis. Doch die lokale und regionale Verwurzelung der Gruppen der Windkraftgegner sowie ihre Sympathien in der Bevölkerung machen sie zu einem ernsthaften Hindernis für die Pläne der politischen und gesellschaftlichen Kräfte hinter der „Energiewende“.

Auch im sozialen Bereich findet Bewegung statt. Unter dem Titel „Fridays gegen Altersarmut“ finden sich offensichtlich immer mehr Menschen zusammen, die von diesem Megathema der Zukunft, das aber auch schon in der Gegenwart aktuell ist, beunruhigt werden. Ob die geplanten Mahnwachen dieser Initiative Erfolg haben werden, kann zwar bezweifelt werden. Aber der erkennbare Zuspruch bei diesem Thema zeigt, dass immer mehr Menschen eine Existenzgefährdung erkennen, für die die etablierten politischen Kräfte keine Lösung haben.

Alle diese hier kurz vorgestellten Ansätze der neuen

Volksoption sind noch mehr oder weniger instabil. Aber sie sind Reaktionen auf Probleme und Entwicklungen, die den Interessen großer Bevölkerungsgruppen entgegengesetzt sind. Alle diese Bewegungen wollen und müssen parteipolitisch unabhängig sein, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Es ist gleichwohl geradezu die Pflicht patriotisch gesinnter Personen und Organisationen, in diesen Bewegungen konstruktiv mitzuarbeiten und damit Vertrauen und Einfluss zu gewinnen. Doch sollte keinesfalls versucht werden, diese volksoppositionellen Ansätze politisch zu instrumentalisieren.

Das ist umso wichtiger, weil in allen hier vorgestellten Initiativen bereits versucht wird, „Rechte“ zu identifizieren und auszugrenzen. Denn die politische Linke hat die Bedrohung durch die neue Volksoption bereits erkannt und versucht eifrig, diese zu spalten, indem Verdacht gestreut wird, es finde eine Unterwanderung von „rechten“ Kreisen, speziell der AfD, statt. Auch wenn die Linke mit dieser sattem bekannten Masche sicher einige Erfolge hat: Keine dieser neuen volksoppositionellen Bewegungen ist im Wesen links, sondern sie alle sind deshalb „rechts“, weil sie real und realistisch auf Entwicklungen reagieren, die dem deutschen Volk schaden.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng

[Hü](#)
[bn](#)
[er](#)
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk

sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la
ng
jä
hr
ig

e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)

le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le

id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



Klara Geywitz verlangt 100 Tage Kritik-Pause an der SPD

Von SARAH GOLDMANN | Die stellvertretende SPD-Vorsitzende, Klara Geywitz, hat den Medien eine unfaire Haltung gegenüber der neuen Doppelspitze ihrer Partei vorgeworfen, wie die [ZEIT](#) berichtet. Vor allem würde Saskia Esken zu hart kritisiert, und zwar, weil sie als eine Frau die Positionen der SPD vertrete, sagte Geywitz:

„Die Häme, mit der manche Journalisten den neuen Vorsitzenden begegnen, finde ich befremdlich“, sagte sie. Dabei werde vor allem an Esken „sehr harte und hämische Kritik geübt“. Weil Esken eine Frau ist, werde sie in den Medien negativer beurteilt als ihr Kollege.

Die neue SPD-Spitze hatte binnen kurzer Zeit teils kontroverse Forderungen gestellt: etwa eine Reduktion der deutschen Rüstungsexporte, eine Steuer für Eigentümer, deren Grundstück stark im Wert stieg, sowie höhere Rentenbeiträge für Besserverdienende. Zudem wurde Esken auch für ihre Forderung nach einer Überprüfung des Polizeieinsatzes in Leipzig während der Silvesternacht kritisiert.

Zu Recht, denn idiotische Forderungen und eine herablassende und trottelige, auf Beifall der Linksextremisten heischende Stellungnahme zu einem Polizeieinsatz, von dem sie überhaupt

keine Ahnung hat, fordern vernunftbegabte Menschen nun einmal heraus, dem Quatsch sachliche Argumente entgegenzusetzen. Das soll nun 100 Tage lang unterbleiben, fordert die SPD-Vize Geywitz. Weil Esken als Frau besonders kritisiert werde.

Liebe Frau Geywitz! Frau Esken wird nicht als Frau kritisiert. Sie wird als Idiotin kritisiert, als Idiotin, die Gewalt gegen unsere Polizei relativiert und wie eine Skinnersche Taube versucht, den Beifall irgendwie zu erheischen, den sie nicht gewinnen kann. Da sie das im Namen der SPD tut und es nicht als persönliche Meinung kennzeichnet, muss die Partei und ihr weibliches Sprachrohr sich auch der Diskussion darüber stellen.

Für ihre Inkompetenz ist Frau Esken selbst verantwortlich, für ihre verzweifelten Versuche, irgendwie Aufmerksamkeit und Beifall zu bekommen, ebenfalls. Wir haben keine 100 Tage Zeit, uns so einen Quatsch anzuhören. Als Politikerin soll sie entweder ausgereifte Ideen präsentieren oder den Mund halten. Esken sollte zurücktreten, das ist der beste Rat, den wir ihr geben können. Dann hören auch die „Diskriminierungen“ wieder auf.

Die Woche COMPACT: Klima-Luisa und ihre Komplizen

In den vergangenen Wochen war es ruhiger geworden um die Fridays for Future. Greta Thunberg erholte sich im heimatlichen Schweden von ihrer Welttournee und auch große Demonstrationen suchte man vergeblich. Zumindest der deutsche Ableger der Klimastreiks hat nun eine neue Idee. Weshalb auf Kundgebungen Forderungen stellen, wenn man die Gesellschaft

auch schlicht zwingen kann. Was genau geplant ist, erfahren Sie in dieser Ausgabe von „Die Woche COMPACT“. Weitere Themen: Preistreiber – Stromsperrern durch EEG-Umlage / Dauerasyll – Wie das BAMF Einwanderer produziert / Gebührenschock – Wie grüne Behörden auf Widerspruch reagieren.



Könige für einen Tag

Von MANFRED ROUHS | Maas und Merkel retten die Welt. Das war die Botschaft der [Libyen-Konferenz in Berlin](#), die mit einer offiziellen Waffenruhe ihr scheinbar glückliches Ende fand. Es war nicht die erste Vereinbarung, die Kampfhandlungen in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land einzustellen – und es wird nicht die letzte sein.

Aber wenn es demnächst wieder losgeht und im einstmalig wirtschaftlich blühenden Libyen erneut Menschen sterben, werden die deutschen Massenmedien diesen ach so fernen Krieg nicht fokussieren – und Maas und Merkel werden die Ursachen des Scheiterns der Berliner Friedensbemühungen bei anderen suchen.

In Libyen liefern sich Russland und die Türkei einen klassischen Stellvertreterkrieg. Erdogan unterstützt einen Operetten-Präsidenten ohne Rückhalt in der Bevölkerung, Putin einen Armeegeneral ohne politische Legitimation. Khalifa Haftar könnte zumindest für Ruhe im Karton sorgen. Wofür Fajis

al-Sarradsch, Erdogans Mann in Tripolis, noch gut sein könnte, ist derzeit schwer abzusehen.

Die Libyer lebten unter der Diktatur Muammar al-Gaddafis im Wohlstand. Sie genossen – dem Ölreichtum sei Dank – ein kostenfreies Bildungssystem, kostenlosen elektrischen Strom, eine flächendeckende und ebenso kostenlose medizinische Versorgung und nebenbei auch noch extrem billiges Benzin.

Mit der westlichen Intervention versank die Bevölkerung in Tod und Chaos. Offenbar hatten US-Amerikaner, Briten und Kanadier, die Gaddafi 2011 beseitigten, keinen Plan für die Zeit danach und auch kein über die Ausbeutung der Erdölvorräte hinausgehendes Interesse an Libyen.

Die Bundesregierung stützt ihre Krisendiplomatie auf keinerlei Einfluss in der Region. Ihre Durchsetzungsfähigkeit gegen Khalifa Haftar, Fajis al-Sarradsch und andere liegt exakt bei Null. Das sind durchaus gute Voraussetzungen, um sich als neutraler Vermittler mediengerecht in Szene zu setzen. Aber nicht, um irgendetwas von dem, was in Berlin vereinbart worden ist, in die politische Wirklichkeit umzusetzen.

Maas und Merkel haben etwas gemeinsam mit dem nominellen libyschen Staatspräsidenten: Sie sind Fürsten ohne Land, Könige für einen Tag. Reden können sie – handeln nicht.